

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Heepen	22.11.2018	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	27.11.2018	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	27.11.2018	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	06.12.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Brönninghauser Straße von Kafkastraße bis Kusenweg

Betroffene Produktgruppe

11 12 01 Öffentliche Verkehrsflächen

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Aufgrund der atypischen Erschließungssituation in der Brönninghauser Straße von Kafkastraße bis Kusenweg können geplante Beitragseinnahmen tatsächlich erst dann realisiert werden, wenn die vorgelegte Sondersatzung erlassen wird. Dabei führt die Berücksichtigung dieser atypischen Situation zu einer Herabsetzung des von den Anliegern zu tragenden Anteils an den Ausbaurkosten.

Durch diese Herabsetzung verringert sich der umlegbare Aufwand von 302.597,90 EUR auf 201.731,94 EUR. Damit erhöht sich der von der Stadt Bielefeld zu tragende Eigenanteil um 100.865,96 EUR.

Die beschriebene Verringerung der Beitragseinnahmen und damit die Erhöhung des Eigenanteils der Stadt Bielefeld an den Kosten für die durchgeführten Straßenbaumaßnahmen in der Brönninghauser Straße ist bereits in der Finanzplanung der Stadt Bielefeld berücksichtigt.

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Brönninghauser Straße von Kafkastraße bis Kusenweg wird entsprechend der Vorlage beschlossen.

Begründung:

Im Jahr 2015 wurde im Bereich der Brönninghauser Straße von Kafkastraße bis Kusenweg eine Baumaßnahme durchgeführt, bei der die Fahrbahn erneuert wurde.

Bei der Abrechnung dieser Baumaßnahme nach dem KAG NRW ergibt sich eine Besonderheit, die wie folgt gelöst werden soll:

An die Abrechnungsstrecke grenzen neben baulich oder gewerblich nutzbaren Grundstücken auch nicht baulich oder gewerblich und damit nicht beitragsrelevant nutzbare Grundstücke.

Vorliegend handelt es sich bei den nicht beitragsrelevant nutzbaren Grundstücken um Flächen, die im Außenbereich nach § 35 Baugesetzbuch liegen und landwirtschaftlich genutzt werden bzw. öffentliche Grünflächen sind.

Die Frontlänge der an die Anlage grenzenden Flächen beträgt insgesamt ca. 2809 m, hiervon entfallen ca. 932 m auf die Frontlänge der nicht anbaubaren Flächen.

Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Münster (OVG NRW) stellt eine solche Konstellation eine sog. „atypische Erschließungssituation“ dar, die regelmäßig nicht von den auf durchgehend beidseitig anbaubare Anlagen abgestellten allgemeinen Beitragssatzungen der Gemeinden nach § 8 KAG NRW - in Bielefeld ist dies die allgemeine Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen vom 16. August 1988 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 30. Juli 2010 (Ausbaubeitragssatzung) - gedeckt sind.

In Fällen einer solchen „Atypik“ ist nach der Rechtsprechung eine ergänzende Einzelfallsatzung zur Regelung des entsprechend reduzierten Beitragssatzes für die Eigentümer der beitragspflichtigen Grundstücke zu erlassen.

Dem Ortsgesetzgeber steht bei der Festsetzung dieses der Atypik entsprechend verringerten Beitragssatzes ein weites Ermessen im Rahmen der gerechten Abwägung der wirtschaftlichen Vorteile der Beitragspflichtigen gegen die Vorteile der Allgemeinheit zu.

In Abstimmung mit dem Rechtsamt wird zur Ermittlung des der Atypik entsprechend niedriger festzusetzenden Beitragssatzes auf das Verhältnis der Frontlängen der beitragsrelevant nutzbaren Grundstücke zu denen der nicht beitragsrelevant nutzbaren Grundstücke abgestellt.

Vorliegend entspricht die Frontlänge der nicht beitragsrelevant nutzbaren Grundstücke an der Gesamtfrentlänge der Anlage einem Anteil von 33 %.

Der mit der Ausbaubeitragssatzung für die Teileinrichtung Fahrbahn festgesetzte Beitragssatz von 60 % ist entsprechend der atypischen Erschließungssituation - gemessen am Frontlängenverhältnis - auf nunmehr 40 % zu reduzieren.

Die Beitragspflicht und damit die Möglichkeit der Beitragserhebung entsteht mit Inkrafttreten der vorgelegten Satzung.

Grundsätzlich muss die satzungsgemäße Sonderregelung bis zur endgültigen Herstellung der Anlage festgelegt sein. Es ist aber zulässig, eine solche Regelung zu einem späteren Zeitpunkt (sogar noch in einem eventuellen verwaltungsgerichtlichen Verfahren) zu erlassen. Dabei darf die Satzungsregelung die Beitragspflichtigen nicht schlechter stellen und sie muss die Rückwirkung auf den Zeitpunkt der Entstehung der Beitragspflicht enthalten.

Im vorliegenden Fall ist die sachliche Beitragspflicht bereits mit Abnahme der Baumaßnahme am 24.08.2015 entstanden. Somit bedarf es der Anordnung der Rückwirkung gem. § 2 der Sondersatzung.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die der Atypik entsprechende Herabsetzung des von den Anliegern zu tragenden Anteils an den Ausbaurkosten verringert sich der umlegbare Aufwand von 302.597,90 EUR auf 201.731,94 EUR. Damit erhöht sich der von der Stadt zu tragende Eigenanteil um 100.865,96 EUR.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Moss